

# Tagung der deutschen Beamtenvereine.

## Forderungen der Beamtenschaft.

Der Verband deutscher Beamtenvereine, der, wie wir schon berichteten, zu einer außerordentlichen Tagung in Berlin zusammengetreten ist, hielt gestern im Reichstag eine öffentliche Sitzung ab, der die Minister Wallraf und Dr. Friedberg, Polizeipräsident v. Oppen sowie zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden beiwohnten.

Der Verbandsvorsitzende Ministerialdirektor a. D. Just wies in seiner Ansprache darauf hin, daß der Verband auf ein 25jähriges Wirken zurückblickt. Die neue Zeit stellt auch in bezug auf das Verhältnis der Beamtenschaft zur Regierung neue Forderungen. Mit dem bürokratisch-patriarchalischen System muß gebrochen werden. Es läßt sich nicht leugnen, daß in den Reihen der Beamtenschaft in Folge der Kriegsschwierigkeiten eine immer größere Verbitterung Platz gegriffen hat. Zu begrüßen ist der erste Schritt, den der Finanzminister zur Lösung der brennenden Frage der Kriegsteuerungsfragen getan hat. Die gesamte Befoldungspolitik des Reiches, die zu einem verhängnisvollen Anstieg der Beamtenschaft geführt hat, muß auf neue Grundlagen gestellt werden, bei deren Vorberatung die Beamtenorganisationen zuzuziehen sind. Die Beamtenforderungen sind: keine Sonderstellung im Volke, sondern die Anerkennung ihres Rechtes als vollwertige Staatsbürger, das Recht der freien Meinungsäußerung, das Vereins- und Versammlungsrecht und das Recht auf wirtschaftliche Selbsthilfe. Für alle Beamtenkategorien hat der Verbandstag das passive Kommunalwahlrecht und die Aufhebung der Residenzpflicht gefordert.

Minister Wallraf betonte, daß die deutsche Beamtenschaft in vier Kriegsjahren eine dreifach gesteigerte Arbeit mit um die Hälfte verringerten Kräften geleistet hat. Auch dies ist ein Teil des „deutschen Wunders“. Staat und Volk werden und dürfen die Leistungen der Beamtenschaft in dieser Zeit niemals vergessen. Der Vorgesetzte darf den ihm unterstellten Beamten nicht als bloße Maschine betrachten, sondern er muß seinen Mitarbeiter als Persönlichkeit werten und menschlich mit ihm empfinden.

Staatsminister Dr. Friedberg begrüßte die starke Organisation der Beamtenschaft, die der Staatsregierung Gelegenheit gebe, die Durchschnittsmeinung der Beamten zu erfahren und das gegenseitige Vertrauensverhältnis zu vertiefen. Das deutsche Beamtentum ist stets einer der wichtigsten Faktoren zur Erreichung des Höchststandes unserer Kultur gewesen. Das Verhalten der Beamtenschaft in der Kriegszeit sei trotz der größten Schwierigkeiten musterhaft. Gerade an sie hat die Parole des Durchhaltens die größten Anforderungen gestellt.

Geheimrat Professor Kahl sprach über die Stellung der Beamten zu Volk und Staat. Den Weg zum Staate hat das deutsche Beamtentum bald gefunden, der Weg zum Volke war viel schwieriger. Eines der schwierigsten Probleme ist das der politischen Freiheit des Staatsbeamten. Der Grundsatz „freie Bahn dem Tüchtigen“ war auch eine Verheißung an das Beamtentum, in dem Sinne, daß bei Auswahl der Beamten unbeschadet der Eignung und Vorbildung, nicht auf Partei, Stand und Konfession gesehen werden soll. Der Maßstab für die politische Freiheit des Beamten ist im Geiste der Neuzeit nachzuvollziehen. In seinem Verhältnis zum Volke ist durchgreifende Veredelung anzustreben. Das Beamtentum muß im besten Sinne vollstündlich werden. Jeder Beamte soll sich bemühen, daß er für das Volk da ist, und nicht umgekehrt.

Geheimsekretär Döll betonte die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Beamtenschaft. Oberstadtrathungsrat Weller-Karlsruhe trat für eine bessere Befoldung der Beamten, für eine Vertretung der Beamtenschaft in der ersten Kammer und im Ernährungsbeirat, endlich für die Einführung von Beamtenausschüssen ein.